

Baulandbörse einrichten

Unterlunkhofen: Motion von René Bodmer (SVP)

Einige Gemeinden verfügen über kein Bauland mehr. Die Grossräte René Bodmer (SVP, Unterlunkhofen, Sprecher), Silvan Hilfiker (FDP, Oberlunkhofen) und Susanne Voser (Die Mitte, Neuenhof) fordern den Regierungsrat mit einer Motion auf, auch diesen Gemeinden eine Entwicklung zu ermöglichen.

Der Aargau leidet unter einem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum bei einem gleichzeitigen unterdurchschnittlichen Aufkommen des Steuersubstrats sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen. Dabei werden die unteren Einkommenschichten im Vergleich zu anderen Kantonen unterdurchschnittlich besteuert.

Verbunden mit der Zunahme der Einwohnerzahl ergibt sich dadurch finanzpolitisch eine starke Verschlechterung der Bevölkerungsstruktur. Zusammen mit dem vom Kanton restriktiv ausgelegten Raumplanungsgesetz schafft der Kanton eine schlechte Wettbewerbssituation und eine schlechte Basis zur Finanzierung der laufend steigenden Bedürfnisse der Gesellschaft.

Bauland ist gefragt

In Gemeinden, welche über eine ausgezeichnete Anbindung an den öffentlichen Verkehr sowie an das Nationalstrassennetz verfügen, verzeichnet man seit Längerem eine erhöhte Nachfrage von finanzkräftigen Interessenten, welche sich nach

verfügbarem Bauland erkundigen und einen Umzug in diese Gemeinde in Betracht ziehen.

Im Rahmen eines Pilotprojekts lancierte der Gemeindeammann von Arni die Idee zur Errichtung einer Baulandbörse. Diese ermöglicht, dass Bauland, das in einer anderen Aargauer Gemeinde ausgezont werden soll, gegen eine Entschädigung der Eigentümer in eine andere Aargauer Gemeinde umgelagert werden kann. Die Nettofläche des verfügbaren Baulandes bleibt dabei unverändert.

Das geplante Vorgehen steht im Einklang mit dem geltenden Raumplanungsgesetz. Es erweist sich nun als äusserst wichtig, das Projekt «Baulandbörse» als Test mit dem vorliegenden Projekt in Arni durchzuführen und bei positivem Ausgang im Kanton Aargau zu institutionalisieren.

Die Motionäre fordern deshalb den Regierungsrat auf: 1. eine Baulandbörse zu etablieren, um sicherzustellen, dass das verfügbare und aktuell nicht benötigte Bauland im Kanton in diejenigen Gemeinden verlagert werden kann, wo ein Bedarf nachgewiesen sowie die geforderte Wohndichte in der Gesamtgemeinde bereits erfüllt oder übererreicht ist; 2. künftige raumplanerische Zielsetzungen zwingend mit den finanzpolitischen Strategien und Zielen des Kantons in Einklang zu bringen, um die für den Kanton so dringend notwendige Neuansiedlung von guten Steuerzahlern zu fördern; 3. politische, ideologisch begründete Hürden zu beseitigen und damit zu beginnen, die Ansiedlung guter Steuerzahler im Rahmen des geltenden Rechts mittels einer Baulandbörse zu unterstützen. --zg